

Föderalistischer Standortegoismus

Autor(en): **Moser, Heinz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **83 (1996)**

Heft 11: **New Public Management in der Schule**

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-534851>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kanton Zug kürzt Dauer der Gymnasialausbildung

Im Kanton Zug wird die Dauer der gymnasialen Ausbildung von sieben auf sechs Jahre gekürzt. Diesen Entscheid fällte der Zuger Kantonsrat mit 61 zu 14 Stimmen. Damit zusammen hängt eine Teilrevision der Schulgesetzgebung. Das Eintreten war unbestritten. Bei der Teilrevision geht es in erster Linie um den Vollzug des schweizerischen Reglements über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR). Im Rat wurde aber insbesondere über Für und Wider der verkürzten Ausbildungsdauer diskutiert. Nachdem die vorberatende und die Staatswirtschafts-Kommission wie auch die Fraktion sich mehrheitlich für die Reduktion auf sechs Jahre aussprachen, war die Ausgangslage für die Abstimmung klar.

⟨sda⟩, 29.8.96

Zürich**Zukunft der Informatik an der Volksschule**

Ende 1996 werden sämtliche Lehrerinnen und Lehrer der Oberstufe durch den Besuch von Kursen die Qualifikation zum Unterrichten von Informatik erlangt haben. Seit 1991 ist Informatik im Lehrplan für die Oberstufe als fächerübergreifender Unterrichtsgegenstand aufgeführt. Ein eigentliches Fach Informatik enthält die Stundentafel nicht. Computer werden in den Schulen in den verschiedensten Fächern eingesetzt. Anhand von praktischen Arbeiten lernen die Schülerinnen und Schüler alltägliche Anwendungen kennen. Gesellschaftliche Aspekte, beispielsweise Fragen zum Datenschutz, bilden ein zentrales Anliegen im Unterricht.

Pressemitteilung

Vier neue Privatschulen

Immer mehr Privatschulen bieten sich im Kanton Zürich als Alternative zur Volksschule an. Zu Beginn des neuen Schuljahrs werden es gerade 60 sein. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an Privatschulen bleibt jedoch relativ stabil bei knapp fünf Prozent aller Schülerinnen und Schüler auf Volksschulstufe.

⟨BT⟩, 26.7.96

Schlaglicht

Föderalistischer Standortegoismus

Die Planung schweizerischer Fachhochschulen erfolge blind und unkoordiniert. Das kritisiert der Fachhochschulrat in einem bisher noch unveröffentlichten Zwischenbericht und fordert einen Konzentrationsprozess. Überkapazitäten zeichnen sich insbesondere bei den Ingenieuren, Architekten und Gestaltern ab (aus: ‹Der Zürcher Oberländer›, 11.9.1996).

Lange hat es gedauert, bis es auch offiziell zur Kenntnis genommen wurde: Während die Zahl der Lehrlinge in den technischen Berufen und den Ingenieurschulen abnimmt, besteht bei den ‹Höheren Schulen› geradezu ein Run auf das Prädikat ‹Fachhochschule›. Schliesslich will man nicht hintanstehen, wenn die Nachbarschule im Status angehoben wird und plötzlich ‹Gstudiert› produziert.

Entscheidend ist dagegen, was der Fachhochschulrat verlangt: funktionsfähige Führungsstrukturen und tragfähige Einheiten. Zu empfehlen ist gegenüber dem föderalistischen Standortegoismus jedenfalls dringend eine regionale Koordination und genügend Kapazitäten, um Hochschulansprüchen zu genügen. Es darf nicht sein, dass z. B. eine HWV einfach als FH weitergeführt wird, ohne dass sich dies auch im Lehrplan und im Tätigkeitsfeld klar niederschlägt. Sonst bleibt der ganze Wandel in den Bildungsstrukturen ein blosser Etikettenschwindel und wir erhalten zwergwüchsige Bonsai-Fachhochschulen, die langfristig kaum überlebensfähig sind.